

Die Gründe der EU für die Beibehaltung des Landes auf ihrer grauen Liste

Panama bleibt auf der diese Woche aktualisierten Liste der Steueroasen der EU. Sie fordern eine Überprüfung des Steuersystems, das die Herkunft des Einkommens für Steuerzwecke diskriminiert.

Gestern, am Dienstag, den 17. Oktober, hat die Europäische Union Belize, Antigua und Barbuda sowie die Seychellen auf ihre Liste der "nicht kooperativen Länder in Steuerfragen" gesetzt. Gleichzeitig kündigte sie den Austritt von Costa Rica, den Britischen Jungferninseln und den Marshallinseln an.

Panama bleibt auf der Liste zusammen mit Amerikanisch-Samoa, Anguilla, den Bahamas, Fidschi, Guam, Palau, Palau, Russland, Samoa, Trinidad und Tobago, den Turks- und Caicosinseln, Vanuatu und den US-Jungferninseln, zusätzlich zu den drei am Dienstag neu hinzugekommenen Ländern.

Der Rat der Europäischen Union unterstrich in seiner offiziellen Mitteilung die Bedeutung der "Förderung und Stärkung einer guten Steuerverwaltung im Bereich der Steuergerechtigkeit und Steuertransparenz sowie im Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung weltweit".

In diesem Sinne beglückwünschte das offizielle Organ die Länder, die von der Liste gestrichen wurden, und bedauerte die Situation der Länder, die in Steuerangelegenheiten "nicht kooperativ" bleiben.

Ziel der Liste ist es, "Mechanismen für verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich, faire Besteuerung und globale Steuertransparenz zu fördern und zu stärken, um Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung zu bekämpfen", so die Behörde.

Angesichts des globalen Charakters des unfairen Steuerwettbewerbs bedeute dies auch, sich mit externen Herausforderungen für die Steuerbemessungsgrundlagen der EU-Länder zu befassen, so das Gremium, das auch klarstellte, dass seine Schlussfolgerungen nicht darauf abzielen, Länder zu benennen und zu beschämen, sondern positive Änderungen ihrer Steuergesetze und -praktiken durch Zusammenarbeit zu fördern.

In Bezug auf Panama stellte das Gremium mit Nachdruck fest, dass das Land nicht einmal die Empfehlungen des Globalen Forums zum Austausch von Steuerinformationen "umfassend" einhält, und bezeichnete die steuerliche Ausnahmeregelung für die Offshore-Einkommensquelle, über die Panama verfügt, als "schädlich", die es "noch nicht gelöst hat".

Das Prinzip der steuerlichen Territorialität besteuert Einkommen aus panamaischen Quellen, d.h. nur das, was auf panamaischem Territorium gekauft und verkauft wird, während im Land ansässige Unternehmen, deren Einkommensquelle nicht aus dem panamaischen Markt stammt, von der Einkommenssteuer (ISR) befreit sind, selbst wenn sich ihr Hauptsitz und ihre Steuerbasis in Panama befinden.

Diese Formel ist einer der Hauptanreize für ausländische Direktinvestitionen, insbesondere für die Sonderwirtschaftszonen, die zusammen mit anderen Steueranreizen, Einwanderungs- und Sondergesetzen eine Plattform bilden, die Tausende von transnationalen Unternehmen im Lande unterstützt.

Carlos Barsallo, ehemaliger Direktor der panamaischen Sektion von Transparency International, ist der Ansicht, dass die Strategie einiger Länder, darunter auch Panama, keine Steuern auf Einkünfte aus ausländischen Quellen zu erheben, nicht gerechtfertigt zu sein scheint.

"Unternehmen könnten das Interesse verlieren, Länder mit Null- oder Niedrigsteuer zu nutzen und die globale Mindeststeuer zu zahlen. Sie hätten dann nicht mehr den derzeitigen Anreiz, nichts zu zahlen. Das ist eine Herausforderung für Panama und andere Länder mit ähnlichen Bedingungen", analysierte Barsallo.

Und das System der globalen Mindeststeuer setzt voraus, dass das Land das Gesetz ändern muss, um von den in Panama ansässigen transnationalen Unternehmen alles zu verlangen, was sie erwirtschaften, egal ob innerhalb oder außerhalb des panamaischen Territoriums.

Der Druck auf Panama, die ISR auf offshore erwirtschaftete Einkünfte zu erheben, ist nicht neu. Er ist viele Jahre alt und verstärkte sich nach dem Ausbruch der Panama Papers im Jahr 2016, woraufhin sich das zentralamerikanische Land bereit erklärte, sich dem automatischen Informationsaustausch gemäß den Standards der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu unterwerfen, und eine Handvoll bilateraler Steuerabkommen mit Ländern wie beispielsweise Kolumbien unterzeichnet hat.

Allerdings hat Panama - das nicht Mitglied der OECD ist - den anderen Standard der Organisation, Base Erosion and Profit Shifting (BEPS), noch nicht umgesetzt, was der technische Name für etwas ist, das einer globalen Mindeststeuer ähnelt. Der von der OECD vorgeschlagene Benchmark-Satz beträgt 15 % aller Einkünfte eines multinationalen Unternehmens, das Gewinne von mehr als 750 Millionen Euro ausweist.

Bustamante ist der Meinung, dass "Panama alle Anforderungen dieser internationalen Organisationen erfüllt hat", weshalb er nicht glaubt, dass die Änderungen "notwendigerweise eine Änderung des Steuersystems in Panama bedeuten". Er ist auch der Meinung, dass "die Gründung oder Ansiedlung ausländischer Unternehmen in

Panama durch die unrichtigen Anschuldigungen, wir seien ein Steuerparadies, schwer geschädigt wurde", und führt als Maßstab an, dass die Beträge der Bankeinlagen, der ausländischen Direktinvestitionen und der "unbedeutenden" Zahl der in Panama ansässigen oder gegründeten Offshore-Gesellschaften "in keinem Verhältnis zu den gigantischen Beträgen stehen, die das organisierte Verbrechen in Verbindung mit entwickelteren Volkswirtschaften verwaltet".

Die Plenarsitzung der Financial Action Task Force beginnt am 23. Oktober in Paris und dauert bis zum 27. Oktober. Danach wird bekannt gegeben, ob Panama auf der grauen Liste der Organisation bleibt oder nicht.

In einem früheren Interview mit diesem Medium sagte Minister Alexander, dass, wenn das Land die Liste der Financial Action Task Force (FATF) verlässt, dies dazu beitragen könnte, die beiden Listen der Europäischen Union, eine für Geldwäsche und die andere für Steueroasen, zu verlassen.

"Wir arbeiten an der Steuerliste, weil wir durch die Arbeit zur Streichung von der FATF-Liste viele Informationen gesammelt haben, die uns in dieser Richtung helfen werden", sagte Alexander gegenüber den Medien.

In Bezug auf Panama stellte die Organisation mit Nachdruck fest, dass das Land nicht einmal die Empfehlungen des Globalen Forums zum Austausch von Steuerinformationen "weitgehend" erfüllt, und bezeichnete die steuerliche Ausnahmeregelung für Panamas Offshore-Einkommen als "schädlich", die "noch nicht gelöst" sei.

Quelle: La Prensa
Übersetzung: deepl.com